

Auf Corona-Krise folgt Klima-Krise: Lauterbachs Plan

geschrieben von AR Göhring | 3. Januar 2021

Karl Lauterbach macht sich bereits über seine Anschlussverwendung Gedanken, irgendwann wird das Corona-Thema politisch ein lahmer Gaul sein und nicht mehr für große Sprünge taugen. Laut Wikipedia war das Markenzeichen Lauterbachs lange Zeit die Fliege, die er des Öfteren anstelle einer Krawatte trug. Und insofern ist es nachvollziehbar, dass er ein weiteres mal die Fliege machen möchte.

Und da kommt ihm selbstverständlich das Nächstliegende in den Sinn: Die „Klimakrise“, was auch immer man im Näheren darunter zu verstehen hat. Hauptsache Krise. Wobei die Corona-Krise einen kleinen Nachteil hat: Wenn die Endabrechnung kommt, weilen die Verantwortlichen höchstwahrscheinlich noch unter den Lebenden, womöglich sogar in Ihren Ämtern, deshalb sind sie ja so nervös. Sie müssen damit rechnen, mit dem Erfolg oder Misserfolg, Risiken und Nebenwirkungen ihrer Massnahmen konfrontiert und je nach Ausgang sogar zur Verantwortung gezogen zu werden.

Das verhält sich beim Klima praktischerweise anders: Es handelt sich ja bislang um eine hypothetische Katastrophe, die unser Menschengeschlecht irgendwann in ferner Zukunft heimsuchen soll. Die Erfolgs- respektive Misserfolgskontrolle erfolgt also erst, wenn die Protagonisten betriebsicher tot sind. Politisch ist die Klimakrise somit ein Perpetuum mobile.

Greta & Friends sind auch schon darauf gekommen, da muss Karl der Alarmierte auf den Zug aufspringen, bevor die erste Klasse besetzt ist. Im Interview mit „Die Welt“ vom 27. Dezember lässt er schon mal wissen:

„[...] Somit benötigen wir Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels, die analog zu den Einschränkungen der persönlichen Freiheit in der Pandemie-Bekämpfung sind.“

In der Pandemie-Bekämpfung gibt es ja noch viel zu viele Freiräume, deren Beseitigung man virologisch eher schlecht begründen kann. Nehmen wir nur das Autofahren, das eine deutlich gesündere Art der Fortbewegung verspricht als Busse und Bahnen. In der Klimakrise wird deshalb die zweite Stufe des Ausgehverbotes verhängt, das Ausfahrverbot.

Ich könnte mir das als zentralen Punkt eines „Lauterbach-Planes“ vorstellen, genannt nach dem Mann aus der *Corona-Hall of Fame* und wie geschaffen für den ewigen Lockdown. Alles unter 1.000 Jahren wäre eine Enttäuschung. Die Vorarbeiten sind ja längst gemacht, die Ideen für

einen Aktionsplan, der diesem großen Namen gerecht wird, muss man nur von der Staude pflücken wie eine reife Banane. Ich meine jetzt nicht den Morgenthau-Plan, der wies zwar in die richtige Richtung, verstand es aber irgendwie nicht, die Menschen „mitzunehmen“. Laut Wikipedia zeichnet Karl Lauterbach für 294 Publikationen und zehn Bücher verantwortlich, er ist somit prädestiniert seinem Schaffen einen weiteren Höhepunkt hinzuzufügen.

Als Erfolgsformel empfehle ich daher eine Wortschöpfung, die ja bereits Karriere gemacht hat: der ökologische Fußabdruck. Der ist umso größer, je mehr Ressourcen ein Land pro Kopf seiner Bewohner verbraucht. Wenn man beispielsweise den Energiekonsum betrachtet, haben die Amerikaner die größten Füße, Europäer und Japaner liegen im Mittelfeld. Die kleinsten Füße haben die Bewohner der Entwicklungsländer.

Doch das soll sich schon lange ändern: Künftig, so wird von Ökos aller Länder und Generationen gefordert, sollen alle Menschen auf der Welt gleich große Füße haben. Das nennt sich „Klimagerechtigkeit“, und schließt sich nahtlos an den 20. Parteitage der KPDSU aus dem Jahre 1956 unter Nikita Chruschtschow an („Wiederherstellung der Gerechtigkeit“).

Da der Energieverbrauch eng mit dem Ausstoß von Kohlendioxid zusammenhängt, verlangte beispielsweise Lutz Wicke, der ehemalige Präsident des Umweltbundesamtes: „Das demokratische ‚One man/one vote‘-Prinzip wird auf den Klimaschutz übertragen. Das bedeutet zunächst fünf Tonnen Kohlendioxid pro Kopf der Weltbevölkerung. Mit diesem Verteilungsschlüssel erhalten die bevölkerungsreichen Entwicklungsländer Überschuss-Zertifikate, die sie verkaufen können“.

Armut verbessert die Kohlenstoffbilanz!

Das klingt bestechend einfach und äußerst gerecht. Doch drängen sich rasch Fragen auf: Menschen in kalten Ländern müssen heizen und haben deshalb einen viel höheren Energieverbrauch als die Bewohner warmer Regionen. Darf man Sibirien und die Südsee einfach gleichsetzen? Außerdem: Haben die Menschen in einem armen Land demokratischen Zugang zu Wohlstand und Ressourcen oder profitiert nur eine kleine Oberschicht? Denn jeder hinzukommende Mensch am Existenz-Minimum verbessert rein rechnerisch die Kohlenstoff-Bilanz eines Landes. Ist das tatsächlich im Sinne der Erfinder? In jedem Falle schlägt die Stunde der Bürokraten. Wie man schon an den Absurditäten des Corona-Regimes erkennen kann, werden denen die absurden Einfälle nicht ausgehen.

Die Waren- und Energieströme einer globalisierten Welt entziehen sich ja zunächst mal einfachen Aufrechnungen. Die Ressourcen, die da in den reichen Nationen verbraucht und verfeuert werden, sind ja oft Rohstoffe, auf deren Export die Entwicklungsländer dringend angewiesen sind. Selbst Bananen, werden nicht zu uns gezaubert, sondern kommen mit Schiff und LKW. Verzichten die Europäer zugunsten des Apfels, bleiben die

Produzenten in Südamerika oder Afrika auf ihren Bananen sitzen. Umgekehrt mag ein europäischer Pharmaforscher mit seiner Arbeit einen großen ökologischen Fußabdruck hinterlassen, das Ergebnis – etwa ein neues Medikament (oder ein Impfstoff) – kommt aber Menschen in aller Welt zugute. Was nun?

Auch das Ende des Ferntourismus wäre für viele arme Länder eine Katastrophe, wie wir gerade beobachten können. Die afrikanischen Nationalparks beispielsweise verdanken ihre Existenz dem Ferntourismus. Fallen diese Einnahmen daraus weg, werden Wilderei und landwirtschaftliche Nutzung in diesen Gebieten sofort wieder zunehmen. Genau wie die vagabundierenden Kapitalströme gibt es auch immer mehr vagabundierende Energie, die sich nicht so ohne Weiteres einem Land zuordnen lässt. Das beste Beispiel ist der Flugverkehr. Nach dem Konzept des ökologischen Fußabdruckes schädigt ein indischer Geschäftsmann, der nach Deutschland fliegt, die Umwelt erheblich weniger als ein Deutscher Geschäftsmann, der nach Indien fliegt.

Wie immer alle gleich und ein paar noch gleicher

So wird der Kohlendioxidausstoß zur absoluten moralischen Leitgröße gemacht, der sich alle anderen gesellschaftlichen Ziele unterzuordnen haben. Es wird vielerorts ernsthaft in Erwägung gezogen, auch Privatpersonen ihr persönliches Kohlendioxid-Kontingent zuzuteilen – Lebensmittelmarken vergleichbar. Die Apologeten der Idee haben bereits Entwürfe für persönliche „Carbon-Cards“ in der Schublade, die jeder Bürger wie eine Geld- oder Kreditkarte etwa beim Tanken oder beim Buchen eines Fluges vorzeigen muss.

Sollen Reisen, Einkaufen und Wohnen demnächst nur noch unter Klimavorbehalt stehen? Der britische Supermarkt-Gigant *Tesco* hat in vorausseilendem Gehorsam angekündigt, keine Lebensmittel mehr aus weit entfernten Ländern zu importieren, was für Farmer in Kenia oder Bauern in Peru den Ruin bedeuten kann.

Auch in Deutschland werden von Medien schon mal „Klimakommissare“ und dergleichen Polizeikräfte losgeschickt, auf dass sie nach „Klimasünden“ fahnden, seit etlichen Jahren ein wiederkehrender Gag ökologisch bewegter Fernsehredakteure. Ich erinnere mich an eine Szene in einem Supermarkt in Sachsen.

Eine Familie erwirbt dort preiswerte Lebensmittel für vierzig Euro. Doch sie freuen sich zu früh über den günstigen Einkauf. Denn da kommt die Klimakommissarin und kontrolliert ihren Wagen. Spargel, Rindfleisch und Milch gefährden das Weltklima, belehrt sie die verdatterte Familie. „Was gleich ins Auge sticht ist der Spargel,“ erläutert ein Gutachter, „der ist aus Peru, der ist mit dem Flugzeug gekommen.“ Das fahrlässige Einkaufsverhalten entspricht einer CO₂-Emission von 37 Kilo, was die Klimakommissarin mit einem Stapel aus 37 Tüten Mehl deutlich macht. Dennoch kommen die Missetäter noch mal ungeschoren davon, denn es

sind ja keine echten Polizisten, die den Einkaufswagen kontrollieren, sondern nur Mitarbeiter der Sendung „exakt“ des Mitteldeutschen Rundfunks. Das war vor 15 Jahren, bald sind wir einen Schritt weiter.

Dann hätte der Staat die totale Kontrolle über das Leben des einzelnen Bürgers. Dabei würden – wie immer – alle gleich und ein paar noch gleicher sein. Bekommt ein Kind genauso viel Emissionsrechte wie ein Erwachsener? Ist ein Flug privat oder im Dienste der Allgemeinheit? Darf ein Landarzt mehr Auto fahren als ein Handelsvertreter? Sicher dürfte nur eins sein: Politiker und Bürokraten haben freie Fahrt, sie sind systemrelevant.

Welche Auswüchse die Sache treibt, mag ein Aufsatz verdeutlichen, den die Wissenschaftszeitschrift „Climatic Change“ schon vor 15 Jahren veröffentlichte. Darin ging es um die „externen Treibhaus-Kosten“ eines Neugeborenen. Jedes Baby, so die Forscher, werde Treibhausgase produzieren und damit zum Klimawandel und in der Folge zur Schädigung der Gesellschaft beitragen. Für Industrieländer taxieren sie den Schaden (!) eines neuen Erdenbürgers auf 28.200 Dollar, in einem Entwicklungsland auf 4.400 Dollar. Merke: Klimagerecht sollten also nur noch Kinder unterhalb der Armutsgrenze geboren werden.

Die Einkind-Familie haben wir ja schon. Andererseits hat sich inzwischen eine Bewegung etabliert, die aus Klimagründen ganz auf Kinder verzichten möchte. So berichtet die NZZ:

„Weil sie um die Zukunft des Planeten fürchten, entscheiden sich immer mehr Frauen, auf eigene Kinder zu verzichten. Zwei von ihnen erzählen, warum sie es für verantwortungslos halten, weitere Kinder in die Welt zu setzen“.

In der Tat wäre ein Kinderverbot eine sehr zuverlässige Art und Weise den Kohlendioxid-Ausstoß Deutschlands auf Null zu senken. Und übrigens auch, um das Virus zu besiegen. Egal welches.

Zuerst erschienen bei der Achse des Guten.